

WAS PASSIERT MIT DER ALTSTADT?

# Verschandelung eines Weltkulturerbes

Altstadthäuser verfallen:  
Die Stadt darf nicht  
tatenlos zusehen!

Ist das Schicksal des „Kommod-Hauses“ in Graz schon vergessen? Diese Frage stellt der Grazer KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch. Im Fall „Kommod“ hatte der Besitzer ein schützenswertes Haus im 1. Bezirk verfallen lassen und trotz massiver Proteste der Bevölkerung einen (umstrittenen) Abbruchbescheid seitens der Stadt erreicht. Seit mittlerweile fast acht Jahren gibt es dort eine Baulücke.

Auch im Fall des Hauses in der Jakob-Redtenbachergasse ist man ähnlich vorgegangen.

Fabisch: „Die Stadt Graz darf nicht versäumen, die Eigentümer

von Objekten in den Schutzzonen deutlich an ihre Erhaltungspflichten zu erinnern. Abzuwarten, bis der Verfall schon so deutlich zu Tage tritt, dass eine Erhaltung nicht mehr finanziell »zumutbar« scheint, widerspricht den Richtlinien des Altstadtschutzes.“ Als zwei von mehreren Beispielen nennt er den Girardikeller und das Haus Kaiser-Franz-Josef-Kai 36, die beide akut vom Verfall bedroht sind.

Fabisch: „Das Bekenntnis zum Weltkulturerbe und zum Altstadtschutz bringt Verpflichtungen mit sich. Man darf nicht tatenlos zuschauen, wie private Immobilienbesitzer den Behörden und der Bevölkerung die lange Nase zeigen wollen.“



**Auch das Bauprojekt „Pfauegarten“ ist ein Bärendienst am Weltkulturerbe Grazer Altstadt.**

Im ältesten Bereich der Stadt Graz sollen Luxuswohnungen und Büros errichtet werden. Das ist nur möglich, weil dieses Areal für das von Landeshauptmann Krainer dort geplante Kunsthaus seinerzeit in Bauland umgewidmet und nach dem Scheitern dieses Projektes nicht mehr zurückgewidmet wurde.

Andreas Fabisch: „Die geplanten Flachdachkubaturen zerstören die Ensemblewirkung im Herzen unserer Altstadt.“

## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

### Gemeindewohnungen statt Luxusbauten

Die Reininghausgründe sollen verbaut werden, so der Wunsch der Stadt. Allerdings sollten dort auch Gemeindewohnungen entstehen und nicht nur Luxusobjekte für Reiche, forderte **KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber** im Gemeinderat – und zwar nach Vorbild der Nutzung der ehemaligen Hummelkaserne, wo ja Gemeindewohnungen und ein Seniorenheim errichtet werden.

### Fernwärmepflicht?

Die Stadtregierung setzt massiv auf den Ausbau der Fernwärme und hat eine „Anschlusspflicht“ in die Wege geleitet. In Sachen Umweltschutz und Feinstaubbekämpfung

ist das sicherlich wichtig. Gleichzeitig birgt das aber die Gefahr, dass der Anbieter Preise verlangen kann, die sozial nicht verträglich sind. Die Fernwärmepreise wurden zuletzt um 9 % erhöht. **KPÖ-Mandatar Manfred Eber** forderte eine soziale Regelung der Energiepreise.

### Gedenktafel

Im Leechwald haben Nazischergen Menschen ermordet, wie neue Forschungsergebnisse belegen. **KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch** machte sich im Gemeinderat für die Errichtung einer Gedenktafel für die Nazi-Opfer in der Nähe des Rehgrundes stark.

### Volksküche für alle

Statt die Zentralküche zur günstigen Volksküche für alle aufzuwerten, fährt die Stadtre-

gierung r ü c k - w ä r t s und gefährdet die Zukunft der Zentralküche. Denn das Essen fürs Geriatrie-Zentrum kommt künftig nicht mehr aus der Zentralküche, sondern wird ausgeschrieben. Die KPÖ stimmt für den Erhalt der Zentralküche. Sie fordert weiterhin, dass die Zentralküche eine Volksküche wird, so **Gemeinderätin Uli Taberhofer**.

### 41 Mio Verlust für Stadt

Die Graz Holding hat zuletzt einen Bilanzverlust von 41 Mio Euro zugegeben. **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann** fragt, warum die Regierungsparteien ÖVP und Grüne diesen Verlust nicht erklären konnten oder wollten. „Abwertungen des Flughafens und des Ankünder erklären den Verlust nicht“, sagt



Bergmann. Zumal zuletzt zu lesen war, dass der Flughafen ein Rekordergebnis ansteuert.

Der Hauptgrund für den Verlust ist die Sonderdividende von 35 Mio für die Stadt, um das Budgetloch zu stopfen.

### 1,1 € für Kopie

Auf Initiative von **KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer**

forderte der Gemeinderat einstimmig vom Justizministerium die im Juli 2009 erfolgte 150%ige(!) Erhöhung der Kopierkosten bei Gericht von 40 Cent auf einen Euro pro Seite wieder zurückzunehmen. Zuletzt wurde die Gebühr sogar auf 1,1 Euro erhöht. Jetzt prüft der Verfassungsgerichtshof.

